

Erste Ausgabe täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Bezugspreis für das Vierteljahr im Viertel und halbjährlich 1.25. Einzelheft 1.50.



Anzeigepreis bei einmaliger Einrückung 10 Bz. bei mehrmaliger bei 1/2 Bz. bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Reklamen 15 Bz. die Zeitsp. 1/2.

Unparteiische Tageszeitung und Anzeigebblatt, verbreitet in den Oberamtsbezirken Nagold, Freudenstadt, Calw u. Neuenbürg.

Nr. 114.	Ausgabeort Altensteig-Stadt.	Dienstag, den 13. Mai	Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.	1909.
----------	------------------------------	-----------------------	----------------------------------	-------

**Amtliches.**

Auf das Fortamt Zwiefalten wurde Oberförster Bötz in Simmersfeld seinem Ansuchen gemäß versetzt.

**Tagespolitik.**

In Uebereinstimmung mit den Wünschen der Verbündeten Regierungen vertrat sich der Reichstag am Samstag bis auf weiteres, bis die Regierung die Ersatzsteuervorlagen ausgearbeitet hat. Die Regierung wird sich mit der Ausarbeitung ihrer Ersatzsteuer-Vorlagen zweifellos beeilen, so daß der Reichstag im Juni wahrscheinlich schon wieder zur Beratung dieser Vorlagen zusammentreten kann. Dann hätte aber wieder die Kommissionsarbeit zu beginnen, auch müßte noch die ganze zweite Lesung in der Kommission stattfinden. Ob da das Reformwerk während des Sommers zustande gebracht werden wird, ist doch zweifelhaft. Aber für den Augenblick sind wir aus dem Trübel heraus und können wenigstens Himmelfahrt und Pfingsten ohne Sorge vor inneren politischen Ueberraschungen feiern.

Für den Posten eines Vorsitzenden in der Finanzkommission kommt in erster Linie der konservative Abg. v. Riehthofen, danach Abg. v. Gamp, von der Reichspartei, in Betracht. Ein Zentrumsmitglied nimmt den Posten nicht an, der bekanntlich auch von den Freisinnigen und National-liberalen zurückgewiesen wird.

Zur Reichsfinanzreform schreibt die Nordd. Allg. Ztg., daß die Finanzkommission des Reichstags auf Wunsch des Reichskanzlers nur kurze Pflingstferien machen wird, während das Plenum länger pausiert. Dabei ist auffallend, daß nicht angegeben wird, auf welchem Wege die neuen Steuervorlagen an die Kommission gelangen sollen. Das geschieht doch verfassungsmäßig durch Ueberweisung von Seiten des Plenums. Das gen. Regierungsorgan schreibt u. a.: Der Reichskanzler hatte mit dem Reichstagspräsidenten Grafen zu Stolberg eine Besprechung über die Geschäftslage im Reichstag. Der Reichskanzler gab dem Wunsch Ausdruck, daß der Reichstag etwa anfangs der nächsten Woche die Verhandlungen im Plenum für einige Zeit abbrechen möge, um der Finanzkommission freien Raum zur schleunigen und entschiedenen Weiterführung und Erledigung ihrer Arbeiten zu geben. Um möglichst wenig Zeit zu verlieren, würde die Kommission am besten nur eine kurze Pflingstpause eintreten lassen und dann ohne weitere Unterbrechung bis zum Abschluß ihrer Aufgabe weiterarbeiten. Dieser Vorschlag geht von der Erwägung aus, daß die gegenwärtig bestehende Unsicherheit über das Ergebnis der Reichsfinanzreform im allgemeinen Interesse so bald als möglich beigelegt werden muß. Dazu ist zunächst erforderlich, die Verhandlungen aus dem Kommissionsstadium herauszubringen. Solange dies nicht erreicht ist, sind der Reichskanzler und die verbündeten Regierungen nicht in der Lage, ihre Stellung in sachlicher Weise zu präzisieren und entscheidende Beschlüsse zu fassen. Man wird annehmen dürfen, daß der Reichstag dem Wunsch des Reichskanzlers Rechnung tragen und seiner Kommission aufgeben werde, mit möglichster Beschleunigung ihre Arbeiten zu Ende zu bringen. Der Reichstag würde dann etwa 4 Wochen nach dem Pflingstfest sich wieder versammeln können, um die entscheidenden Verhandlungen im Plenum vorzunehmen.

Der neue Sultan Mulay Hafid von Marokko beklagt sich nicht mit Unrecht darüber, daß Frankreich und England ihm Vorwürfe darüber machten, daß er den Europäern laut Bestimmung der Algecirassakte noch nicht den Erwerb von Landbesitz gestattet habe. Das sei aber ganz einfach deshalb noch nicht gegangen, weil nur in den größeren Städten Marokkos, nicht aber auch auf dem flachen Lande, hinreichende Garantien für die Sicherheit von Europäern beständen. Merkwürdig sei es auch, daß wegen noch nicht erfolgter Ausführung dieser Bestimmung der Algecirass-Akte laut Klage erhoben würde, während Frankreich nicht einmal ein Wort des Bedauerns dafür habe, daß es eine andere Bestimmung derselben Akte, wonach die europäischen Truppen aus Marokko zurückzuziehen seien, noch unbeachtet gelassen habe.

Aus Konstantinopel verfließt allmählich der Nachrichtenstrom, ein erfreuliches Anzeichen dafür, daß die Entwicklung in ruhigeren Bahnen einzuläuten beginnt. Freilich darf man nie vergessen, daß auch der Orient ein Gebiet unbegrenzter Möglichkeiten ist, und daß man vor plötzlichen Ueberraschungen von dort her keine Stunde gesichert ist. — Das neue Regime gewährt den Christen in der Türkei größere Rechte, als ihnen bisher zugestanden. Christen sollen in Zukunft als Freiwillige in das Heer eintreten, und auch als Gendarmen und Polizeileute Verwendung finden dürfen.

**Deutscher Reichstag.**

|| Berlin, 14. Mai.

Der deutsche Reichstag hat in seiner Plenarsitzung vom Donnerstag eine Reihe von Vorlagen erledigt. Zunächst stand auf der Tagesordnung die erste Beratung der am 13. November 1908 zu Berlin abgeschlossenen revidierten Berner Uebereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, die nach einer belanglosen Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen wurde. Ebenso glatt passierte je in erster und zweiter Lesung das Abkommen mit den Vereinigten Staaten betr. den gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz und das Münzgesetz. Zur 2. Lesung der Bankgesetznovelle leitete Vizepräsident Dr. Baasche mit, die Abstimmung über die Abänderungsanträge des Abg. Raab (wirtsch. Bgg.) werde eine namentliche sein und finde morgen statt.

|| Berlin, 15. Mai.

Der Reichstag erledigte am Freitag die Novelle zum Bankgesetz nach der Regierungsvorlage unter Ablehnung der dazu gestellten Abänderungsanträge und nahm einstimmig eine Resolution zur Sicherung von Bank-Depositen an. Ein Antrag Raab (wirtsch. Bgg.) wegen Schmälerung der Dividende der Anteilseigner der Reichsbank wurde abgelehnt. Darauf folgte die zweite Lesung des Viehseuchen-Gesetzes, bei der sich eine längere Debatte, die am Samstag fortgesetzt wird, entspann.

**Württembergischer Landtag.**

\* Stuttgart, 14. Mai.

Die Zweite Kammer beendigte heute auch die Beratung des Etats des Innern, dessen Erledigung bisher dadurch verzögert worden war, daß man die Frage der technischen Beratung von Gemeinden und Gewerbetreibenden bei Herstellung elektrischer Anlagen oder bei Anschaffung von Maschinen, wofür in den Etat 7000 Mk. eingestellt sind, an die Kommission zurückverwiesen hatte. Das Mißliche solcher Zurückverweisungen, die Verdoppelung der ohnedies genügend breiten Verhandlungen, trat heute klar zu Tage. Das Haus widmete der Angelegenheit nochmals eine längere Debatte, in der zunächst der Abg. Rembold-Kalen (Z.) den Bericht der Kommission erstattete, die mit 9 gegen 5 Stimmen beschlossen hat, die Erigenz für die technische Beratung von Gewerbetreibenden, insbesondere bei Anschaffung von Maschinen, zu genehmigen, und davon aus geht, daß die Gemeinden und Genossenschaften gegen eine bestimmte Gebühr von den Sachverständigen des Dampfesselrevisionsvereins beraten werden, wozu sich dieser bereit erklärt hat. Liesching (B.) wies darauf hin, daß die Beratung von Gemeinden und Gewerbetreibenden einem Sachverständigen allein nicht übertragen werden könnte, da es sich um ganz verschiedene Aufgaben handle und die Beratung des Kleingewerbes einen Beamten vollauf beschäftige. Die Abg. Wieland (D. P.) und Graf-Heidenheim (B. K.) traten für den Kommissionsantrag ein, während Rembold-Kalen sich für die Regierungsvorlage aussprach, jedoch bei Stellung des Sachverständigen direkt unter das Ministerium des Innern, anstatt der Zentralstelle für Gewerbe und Handel, und hinsichtlich eines unparteiischen und unabhängigen Vorgehens des Sachverständigen des Dampfesselrevisionsvereins, der einen ganz industriellen Charakter habe, wesentliche Bedenken äußerte. Minister v. Bischof erklärte, wenn die Mehrheit des Hauses davon ausgehe, daß die ganz verschiedenen Aufgaben der Beratung nicht in eine Hand gelegt werden sollen, so könne er dem nicht entgegen treten. Die Beratung der Gewerbetreibenden werde mit Ausnahme des Reiselostenerjahres unentgeltlich sein. Die Gebühren der Gemeinden könne der Vorstand des Dampfesselrevisionsvereins noch nicht genau

bestimmen. Der Verein habe für den Sachverständigen 11 000 Mk. ausgeworfen und werde von den Gemeinden dieselben Gebühren erheben wie von den Mitgliedern. Zunächst müsse man in den kommenden zwei Jahren die Sache erproben. Ob sie auf die Dauer genüge, werde die Erfahrung zeigen. Der Abg. Keil erklärte sich von dem Kommissionsantrag für nicht befriedigt, verzichtete aber angesichts der Stimmung des Hauses auf die Stellung eines Gegenantrags. Rembold-Kalen (Z.) schloß sich den Bedenken gegen den Kommissionsantrag an. Präsident v. Mosthaf trat namentlich dem Wunsch entgegen, daß der Sachverständige direkt dem Ministerium unterstellt werde. An der Unparteilichkeit des Technikers des Dampfesselrevisionsvereins bestreite kein Zweifel. Seine Gutachten würden von dem Vorsitzenden des Vereins geprüft und dieser sei der erste Techniker des Landes und zudem ein staatlicher Beamter. v. Balz (D. P.) wandte sich gegen den inzwischen von Rembold-Kalen im Sinne seiner Ausführungen gestellten Antrag. Durch den Kommissionsantrag werde den Bedürfnissen der Gemeinden und Genossenschaften am besten gebient. An der Unbefangenheit des Vereinsteknikers könne er nicht zweifeln. Dr. v. Kiene (Z.) lehnte den Kommissionsantrag ab. Das Vertrauen der Gemeinden würde zu einem unabhängigen staatlichen Sachverständigen größer sein als zu dem Angestellten eines Vereins bestimmter Richtung. Dem Antrag Rembold gebe er den Vorzug. Nach weiterer Debatte wurde der Kommissionsantrag angenommen und der Antrag Rembold abgelehnt. Das Haus begann sodann die Beratung des Gesetzentwurfes betr. den Reservefonds der Staatsbahnen. Dr. v. Kiene (Z.) erklärte die Erneuerung des bisherigen Gesetzes über den Reservefonds, der sich bewährt habe, als zeitlich notwendig und sachlich begründet, und beantragte die Verweisung des Entwurfs an die Finanzkommission zur Klärung der Fragen, wie hoch der eiserne Bestand des Fonds sein soll und wie es mit den Uberschüssen des eiserne Bestandes zu halten ist. v. Balz (D. P.) sah in dem Entwurf keine Notwendigkeit, sondern eine Zweckmäßigkeitfrage, die er bejahte. Die Verdoppelung des eiserne Bestandes von 5 auf 10 Millionen schien ihm als zu hoch nicht gerechtfertigt zu sein. Die Fondsbüberschüsse sollten der laufenden Verwaltung zugutekommen. Liesching (B.) wünschte eine zeitliche Begrenzung des Gesetzes und erklärte sich gleichfalls für Kommissionsberatung. Körner (B. K.) hielt den Reservefonds für unbedingt notwendig und hatte gegen seine Erhöhung keine Bedenken. Eine Befristung des Entwurfs sei nicht notwendig. Keil (Soz.) empfahl Kommissionsberatung. Finanzminister v. Gehler dankte für die freundliche Aufnahme des Entwurfs. Die Erhöhung des eiserne Bestandes rechtfertige sich durch die bisherigen Erfahrungen. Der Antrag Kiene wurde angenommen. Zu dem Gesetzentwurf betr. weitere Änderungen des Beamtengesetzes — es handelte sich um ein neues Verzeichnis der auf Lebenszeit anzustellenden Beamten — beantragte Liesching (B.) Verweisung an die Finanzkommission, welchem Antrag allerseits zugestimmt wurde. Minister v. Gehler trat einer Einwendung des Abg. Lindemann (Soz.) entgegen. Morgen Beratung des Gesetzes betr. Beamtenwohnungen. Schluß der Sitzung 1 Uhr 10 Min.

|| Stuttgart, 15. Mai.

Die Zweite Kammer beriet heute einen Gesetzentwurf betr. die Gewährung von Darlehen an Beamten-Vereinsgenossenschaften im Gesamtbetrag von 350 000 Mk. zu 3 1/2 Prozent und die Uebernahme von Bürgschaften für Darlehen an solche bis zum Gesamtbetrag von 350 000 Mark und zwar in Verbindung mit einem Antrag des Zentrums betr. die Förderung des Baus von Kleinwohnungen durch den Staat. Dieser Antrag hat durch die volkswirtschaftliche Kommission eine Erweiterung erfahren und geht nun dahin, die Regierung zu ersuchen, die Beschaffung gesunder und billiger Wohnungen für die weniger bemittelten Leute zu unterstützen, zu fördern und die nötigen Mittel in den nächsten Etat einzustellen, sowie die Bereitwilligkeit zur Verwilligung entsprechender Geldmittel zu erklären. Für den Fall der Gewährung staatlicher Darlehen zur Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaus sollen gewisse Grundzüge eingehalten werden. Darunter sind die Darlehen nur zu gewähren für die Schaffung von gesunden und billigen Wohnungen für die wirtschaftlich schwächeren Volkskreise unter Sicherheit dafür, daß die beliebigen Gebäude ihrem ursprünglichen Zweck erhalten bleiben, ohne dingliche Sicherheit an Gemeinde- und Kommunalverbände, aber gegen möglichst große hypothekarische Sicherheit seitens der gemeinnützigen Vereine und Genossenschaften bei angemessener Verzinsung und planmäßiger Tilgung unter staatlicher Beaufsichtigung



der Geschäftsführung. Weiterhin soll die Regierung in Erwägung ziehen, ob nicht eine Änderung der Grundzüge über die Bemessung des Wohnungsgeldes in der Richtung erfolgen könnte, daß nicht der Wohnsitz, sondern der Amtssitz maßgebend sein soll. Der Abg. Häfner (D. P.) erstattete den Bericht der Kommission, hebt die große Bedeutung der Wohnungsfürsorge im Hinblick auf die sittlichen, sozialen, hygienischen und ökonomischen Verhältnisse des Volkes hervor und wies darauf hin, daß im Lande eine Wohnungsnot nur in dem Sinne bestehe, daß die Beschaffenheit der Wohnungen teilweise sehr schlecht sei. In erster Linie solle die Aufgabe, die Bewegung zur Schaffung billiger und gesunder Wohnungen zu fördern, den Gemeinden und Baugenossenschaften zu, aber auch der Staat dürfe sich der Erfüllung der Pflicht nicht entziehen, diese Bewegung durch Bereitstellung von Staatsbeiträgen zu unterstützen. Der Referent erörterte dann die Notwendigkeit der Kautelen erwähnte die gesetzliche Aufgabe der staatlichen Versicherungsgesellschaften, an gemeinnützige Baugenossenschaften Darlehen abzugeben und hat um Annahme der Kommissionsbeschlüsse gegen die er nur das Bedenken habe, daß die Gewährung von Darlehen an das Vorhandensein eines dringenden örtlichen Bedürfnisses geknüpft werden sollte. Den erwähnten Gesetzentwurf beantragte er an die Kommission zu verweisen. Der Abg. Neubold-Gmünd (Z.) besprach die von der Kommission aufgestellten Grundzüge und wünschte energische Maßnahmen gegen Grundstückspekulation und -Wucher, denen gewisse Zügel angelegt werden müßten. Es lasse sich dabei denken an Steuerfreiheit für Bau- und Sparvereine, an eine Reform des Eigentumsrechts im Rahmen von Zusammenlegungen, an eine Wertzuwachssteuer und an die Abgabe von staatlichem Grund und Boden zu billigen Preisen. Das Erfordernis eines dringenden örtlichen Bedürfnisses ausdrücklich festzulegen, sei nicht notwendig. Der Entwurf sollte an die Finanzkommission verwiesen werden. Dr. Bauer (S.) betonte die Notwendigkeit der staatlichen Beihilfen, zumal da der Staat nicht erheblich belastet werde. Durch den vorliegenden Gesetzentwurf seien die Kommissionsanträge noch nicht erledigt. Hiller (S. R.) sprach sich gegen eine Unterstützung des Stuttgarter Beamtenwohnungsvereins aus, die durch die gegenwärtige Finanzlage nicht gerechtfertigt wäre. Seine Partei stimme dem Gesetzentwurf nur zu, soweit es sich um Unterbeamte und Arbeiter handle. Gegen die Verzahnung weiterer Kreise habe sie erhebliche Bedenken. Augst (S.) bedauerte, daß der Entwurf nur auf Staatsangestellte zugeschnitten sei. Dr. Lindemann (S.) trat der Auffassung Hillers entgegen, daß in Stuttgart kein Wohnungsmangel herrsche, betonte, daß das Problem der Wohnungsfürsorge auch die mittleren Beamten betreffe und sprach sich dann im Allgemeinen zustimmend teilweise aber auch kritisch über den Kommissionsantrag aus. Der Entwurf solle nur einen Anfang bedeuten und die Regierung, wenn die Sache sich bewährt habe, weitere Nachträge bringen. Der wichtigste Punkt sei, den Bauwesen die Beschaffung von Grund und Boden zu erleichtern, zu welchem Zwecke Staat und Gemeinden möglichst viel Grundwerbungen machen sollten. Kommissionsberatung des Entwurfs sei nicht notwendig. Dr. Mühlberg begründete einen Antrag, wonach die Unterstützung und Förderung des Wohnungsbaues nur für staatliche Unterbeamte und sonstige weniger bemittelte Staatsangestellte in Orten mit ausgesprochenem Wohnungsmangel erfolgen und die Gewährung staatlicher Darlehen zum Bau von Kleinwohnungen an entsprechende Bedingungen geknüpft werden soll. Finanzminister v. Gieseler führte aus, daß die Wohnungsfürsorge für die sozialen Verhältnisse der Bevölkerung von allergrößter Bedeutung sei, auch müsse zugegeben werden, daß die Verhältnisse auf dem Land wie in der Stadt dringend der Verbesserung bedürftig seien. Der Staat habe schon bisher in weitgehendem Maße für seine Beamten gesorgt und müsse auf diesem Wege fortzuschreiten, eine andere Frage aber sei es, ob der Staat auch die Verpflichtung habe die Wohnungsfürsorge für die Bevölkerung überhaupt zu übernehmen. Die Wohnung sei ein Bedürfnis der Privatwirtschaft, dessen Befriedigung der Staat bisher abgelehnt habe, während die Gemeinde ihm näher stehe. Diese staatliche Fürsorge sei ein weiterer Schritt auf dem Wege zum Staatssozialismus. Der Frage des Beamtenwohnungsgebietes würde durch einen Nachtragsentwurf Rechnung getragen werden, der sich in Vorbereitung befinde. Graf Stuttgart begrüßte die Einbringung des Entwurfs und äußerte einige Wünsche. Mühlberg (D. P.) erklärte an, daß der Staat auch eingreifen soll, wenn die Gemeinden versagen. Gegen die Unterstützung der Bauwesenvereine habe er starke Bedenken. Sie seien keine ideale Lösung. Es sei besser, wenn verschiedene Berufsstände zusammenwohnen und nicht einer ganz unter sich sei. Die private Bautätigkeit dürfe durch Förderung des Genossenschaftswesens nicht unterbunden werden. Der von Häfner gestellte Antrag betr. das dringende örtliche Bedürfnis sollte angenommen werden. Nach weiterer Debatte wurde der Entwurf an die volkswirtschaftliche Kommission verwiesen und der Kommissionsantrag angenommen, womit die übrigen Anträge gefallen waren. Dienstag: Etat der Berg- und Sättenerwerke. Schluß der Sitzung 1 Uhr 40 Min.

## Landesnachrichten.

Allensteig, 17. Mai.

Der gestrige Sonntag fand recht im Zeichen der Wanderungen und Ausflüge. Auch der hiesige Turnverein hat einen Frühlingsausflug in das Morgental nach Hochdorf gemacht, der einen schönen Verlauf nahm. Radler und Automobile jauchten hin und her und zwar mehr als manchem Spaziergänger lieb war. Der kurze Regen heutzutage

hat recht wohl getan; nur wünscht der Landmann, daß er ausgiebiger hätte sein sollen.

**Simmersfeld, 16. Mai.** Die Vereinigung der Postunterbeamten und Landpostboten der Bezirke Nagold und Calw machte am heutigen Sonntag hierher einen Familienausflug. Die Beteiligung an dieser Zusammenkunft war eine sehr zahlreiche. Im Gasthof zum „Hirsch“ wurde das Mittagessen eingenommen, anschließend fand eine Besprechung der Berufskollegen statt und die übrige Zeit wurde der Geselligkeit gewidmet. Wohlbedient von ihrem diesigen Aufenthalt und dem außerdienstlichen gemütlichen Zusammensein mit Berufskollegen traten die Postleute im Laufe des Nachmittags und abends den Rückweg an.

**Freudenstadt, 16. Mai.** Vom 19.—21. Juni findet hier das VII. Gaufrühfest des Ringial-Sängerbundes statt. Nach bis jetzt eingelaufenen Anmeldungen werden sich 24 Vereine mit ca. 800—1000 Sängern an dem Fest beteiligen.

**Oberjesingen O. A. Herrenberg, 16. Mai.** Anlässlich ehelicher Zwistigkeiten hat sich kürzlich der Bauer Jakob Swinner von hier eine Gefängnisstrafe von sechs Tagen zugezogen. Er machte nun in den letzten Tagen etwa 900 Mark flüchtig und reiste vorgestern der Schweiz zu unter Juraklaffung seiner Frau und seiner zehn Kinder, von denen einige noch nicht schulpflichtig sind. In Tutzingen wurde er jedoch festgenommen und ins Amtsgerichtsgefängnis verbracht.

**Reutlingen, 16. Mai.** In der Maschinenfabrik Rieber ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, indem der Arbeiter Gutbrod auf bisher unerklärte Weise in das Transmissionsorgelege seiner Maschine kam und schwere Kopf- und Rückenverletzungen erlitt. Der Unfall wurde erst bemerkt, als Gutbrod um Abstellen des Betriebes schrie.

**Tübingen, 16. Mai.** Der bekannte Festbesitzer Prof. Dr. Konrad von Lange befehlt heute sein 25jähriges Jubiläum als akademischer Lehrer. Er ist 1855 in Göttingen geboren und seit 1894 an der württembergischen Landesuniversität tätig. 1905—06 war er Rektor der Universität. 1903 wurde er vom König mit dem Ehrenritterkreuz der württembergischen Krone ausgezeichnet, mit dem bekanntlich der persönliche Adel verbunden ist. In letzter Zeit wurde Professor v. Langes Name viel genannt aus Anlaß des sattsam bekannten Tübinger Alleenstreits. Er hat durch eine Reihe von Artikeln auf die Gefahren, die den schönen Alleen drohten, hingewiesen. Jetzt, wo sich die Aufregung über die Sache endlich gelegt hat, wird man Professor v. Lange ein großes Verdienst um die Sache des Heimatschutzes nicht absprechen können. Das werden wohl selbst seine Gegner zugeben.

**Stuttgart, 15. Mai.** Der König ist gestern nach Karlsruhe in Schlesien abgereist.

**Stuttgart, 15. Mai.** Gegenwärtig bringt, wie der Staatsanzeiger berichtet, die Maschinenfabrik Esslingen schwere sechsachsige Schnellzuglokomotiven mit Klasse C bezeichnet zur Ablieferung, die sich in den Verhältnissen und im ganzen Aufbau von unseren vier- und fünfachsigen Schnellzuglokomotiven AD und D wesentlich unterscheiden. Die mächtigen, in der Hauptsache schlicht grau gestrichenen Maschinen gehören einer neuen, aus Amerika stammenden Lokomotivgattung an, die wegen ihrer großen Leistungsfähigkeit seit etwa einem Jahre auch im europäischen Schnellzugbetriebe Eingang gefunden hat. Sie sind nach den neueren Grundzügen als vierachsiger Verbundlokomotiven mit weitgehender Ueberhöhung und für eine größte Fahrgeschwindigkeit von 110 Kilometer gebaut und vermögen bis zu 2000 Pferdestärken zu entwickeln. Das Gesamtgewicht von Lokomotive und Tender beträgt 133 000 Kg., die Gesamtlänge, zwischen den Puffern gemessen, etwa über 20 Meter. Die Maschinen sind in erster Linie dazu bestimmt, die schweren Schnellzüge ohne Vorpann über die an Steigungen reichen Strecken der Hauptbahn Bretten-Ilm, unter Umständen auch ohne Maschinenwechsel über anschließende Strecken der Nachbarbahnen, zu führen. Um die Mannschaft mit der Bedienung des ungewohnt großen Kessels und der zum Teil neuartigen Anordnungen des Laufwerks und der Dampfmaschine vertraut zu machen, sollen die Lokomotiven nach Erledigung der amtlichen Probefahrten zunächst in leichteren Diensten verwendet werden.

**Stuttgart, 16. Mai.** Der Deputiertentag des Württbg. Feuerwehrverbands fand heute im Stadtparksaal statt. Vertreten waren 302 Feuerwehren durch über 400 Delegierte. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildete die Uniformierungsfrage. Zu diesem Punkt hatte die freiwillige Feuerwehr Reutlingen folgenden Antrag gestellt: Es solle eine einheitliche Uniform eingeführt werden, insbesondere sollen die Abzeichen und die Auszeichnungen unbedingt im ganzen Land gleich sein, vielleicht anpassend an die Nachbarländer um so nach und nach eine einheitliche Uniformierung für sämtliche Feuerwehren ganz Deutschlands durchzuführen zu können. Ein ähnlicher Antrag lag von der freiwilligen Feuerwehr Göppingen vor. In der Erörterung wurde von den meisten Rednern betont, daß bei der Einführung einer einheitlichen Uniform ein Zwang nicht ausgeübt werden dürfe, es sollten vielmehr nur Normen für Neuanschaffungen aufgestellt werden. In ähnlichem Sinne sprach sich Landesfeuerlöschinspektor Gmelin aus. Die Mehrzahl der Delegierten war dafür, daß bei Neuanschaffungen der zweireihige Rock mit Umlegkragen eingeführt werden soll. Die freiwillige Feuerwehr Kalen hatte folgenden Antrag gestellt: Es möge der Metallhelm mit Kopfschirm der Offiziere abgeschafft werden, da derselbe in jeder Hinsicht eine beschwerliche Kopfbedeckung ist und hierfür ein passender Lederhelm eingeführt werden. Es wurde mit großer Mehrheit die Abschaffung des Metallhelms mit Kopfschirm und die Einführung eines Lederhelms

für die Offiziere beschlossen. Die bisherigen Auszeichnungen der Offiziere sollen beibehalten werden. Landesfeuerlöschinspektor Gmelin erläuterte sodann verschiedene Kupplungen. Die Erfahrungen mit der Giersbergkupplung seien vorzüglich, die allgemeine Einführung derselben in Württemberg sei zu wünschen. Kübler-Göppingen referierte über die Gründung von Bezirksfeuerwehverbänden. Die Gründung solcher Verbände wurde vom Landesfeuerlöschinspektor Gmelin aufs wärmste empfohlen. An die Verhandlungen schloß sich ein gemeinsames Mittagessen.

**Stuttgart, 16. Mai.** Die Ballons Stuttgart und Württemberg vom württembergischen Verein für Luftschiffahrt sind heute vormittag bei prächtigem Wetter vom Cannstatter Wasewert aus wieder aufgestiegen. Zwischen 11 und 12 Uhr flogen sie nacheinander in ziemlicher Höhe über das Zabergäu in der Nähe von Bönningheim und verschwanden dann in nördlicher bzw. nordwestlicher Richtung.

**Mainsheim, 16. Mai.** Eine Dienstmagd hat hier heimlich geboren. Als sie dies nicht mehr länger verheimlichen konnte, gestand sie, daß das Kind sich im Abort befunde, wo es tot aufgefunden wurde. Die Magd wurde zunächst ins Bezirkskrankenhaus geschafft. Gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

**Schellfingen, 15. Mai.** Heute Nacht um 12 Uhr wurde die Feuerwehr alarmiert. Es brannte die Händholzfabrik von Wilhelm Herperle. Das Feuer, das rasche Nahrung fand an den in Mengen aufgestapelten leicht brennbaren Stoffen, wie Händhölzern, Schwefel u. s. w. gefährdete die nebeneinanderliegenden Gebäude stark, so daß sich die Feuerwehr hauptsächlich der Rettung dieser widmen mußte. Durch die große Windstille wurde größeres Unglück verhütet. Die voriges Jahr neuverbaute Fabrik brannte vollständig nieder. Der Besitzer ist nicht versichert. Der Schaden wird auf ca. 40 000 M. geschätzt.

**Gutenzell O. A. Vöhrach, 15. Mai.** Eine 30 Jahre alte Frau von hier ist auf dem Fußweg zwischen Gutenzell und dem Friedhof von einem fremden Burchen angefallen und zu vergeblichen Versuchen verurteilt worden. Auf die Hilferufe der Frau eilten einige Männer herbei, die den Unhold festnahmen und dem Ortsvorsteher vorführten, wo er sich als der 23 Jahre alte Bierbrauer Max Keller von Unterglauheim in Vöhrach legitimierte, er wurde dem Amtsgericht eingeliefert und dort in Untersuchungshaft genommen.

**Regenried O. A. Wangen, 15. Mai.** Die Section der Leiche der Witwe Babette Fuchs hat ergeben, daß die Fuchs insolge einer Gehirnerkrankung gestorben ist. Anhaltspunkte für die Annahme der Einwirkung einer fremden Gewalt ließen sich nicht nachweisen.

**Vom Bodensee, 16. Mai.** Am Donnerstag transportierte ein Landjäger in Arbon einen jungen, etwa 29-jährigen Menschen, der verhaftet worden war, nach dem Bahnhof. Plötzlich ergriff der Verhaftete die Flucht und schwang sich in dem Augenblick, als gerade ein Zug heranbrauste, über die geschlossene Schranke. Der Zug erfaßte den Flüchtling und zermalte ihn. Da der umgekommene den Zug herankommen sah, ist wohl anzunehmen, daß er den Tod gesucht hat.

## Zweiter deutscher Friedenskongreß in Stuttgart.

Im Laufe des gestrigen Vormittags fand zunächst eine von ca. 60 Personen besuchte Delegiertenversammlung statt, der auch Kammerpräsident v. Bayer für kurze Zeit anwohnte. Zu Beginn der Sitzung wurden zunächst einige Glückwunschschriften bekannt gegeben, sowie ein Schreiben der württ. Regierung, in welchem gesagt war, daß die Regierung „aus äußeren Gründen“ nicht in der Lage sei, die erbetene offizielle Beschickung des Kongresses einzutreten zu lassen. Kultminister v. Fleischhauer beantwortete in einem Schreiben, daß er verhindert sei, der Versammlung anzuwohnen. Landtagsabgeordneter Weg gab darauf seinem Bedauern über die Haltung der württ. Regierung Ausdruck und stellte einen Antrag, in welchem der Friedenskongreß sein Gelingen und lebhaftes Bedauern darüber ausspricht, daß die württ. Regierung nicht dem Beispiel anderer Bundesstaaten gefolgt sei und sich auf äußere Gründe berufen habe, die es ihr nicht ermöglichen, einen Vertreter zu dem Kongreß zu entsenden. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. — In dem hierauf erstatteten Rechenschaftsbericht wurde die Notwendigkeit der Anstellung eines Sekretärs der Deutschen Friedensgesellschaft zwecks Ausbesserung der Organisation betont. Aus dem Kassensbericht geht hervor, daß die Einnahmen 3891 Mark, die Ausgaben 3635 M. betragen; mitgeteilt wurde auch, daß aus dem Legat eines Franzosen ganz erhebliche Mittel verfügbar gemacht werden können zu dem Zweck, daß ein französischer Professor Vorträge über die Friedenssache, besonders in Süddeutschland, halte. Im Anschluß hieran gelangte eine von Oberlehrer Kohler-Göppingen beantragte Resolution zur einstimmigen Annahme, in welcher alle Bestrebungen zur Herstellung besserer Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich begrüßt werden; zugleich wird die Erwartung ausgesprochen, daß das seiner Zeit in München gewählte, aus Mitgliedern der Deutschen und der Französischen Friedensgesellschaften bestehende Komitee auch in seinem Teile alles aufbieten werde, diese beiden Völker einander näher zu bringen. Im weiteren Verlauf der Tagung sprach Dr. Luidde-München über die Stellung der Friedensgesellschaft zu den nationalen Minderheiten. Es gelangte einstimmig eine Erklärung zur Annahme, in welcher die Forderung der Gleichberechtigung aller Nationalitäten im internationalen Verkehr betont und verlangt wird, daß dieser Grundsatz, abgesehen von den notwendigen Beschränkungen, auch auf die innerhalb der Staaten lebenden nationalen Minderheiten angewandt werden sollte, zumal durch eine ungerechte Behandlung derselben leicht internationale Verwicklungen herbeigeführt werden könnten; die Friedens-

gesellschaft trete daher ein für ungehemmte Pflege nationaler Kultur auch für die Minderheiten, insoweit nicht die Erfüllung der Staatsaufgaben die Bevorzugung einer Sprache, dem Heerwesen und in den Verwaltungs- und Vertretungsorganen zwingend erheische; eine weitergehende Beschränkung der Minoritätsprache, besonders in Kirche und Schule, Presse und Versammlungen, sei grundsätzlich abzulehnen; nur auf diesem Wege könnten die nationalen Minderheiten für die Ziele des gemeinsamen Staatswesens gewonnen werden. In der Polenfrage, die in diesem Zusammenhang gleichfalls erörtert wurde, gingen die Meinungen auseinander. Ein Hl. Ringer aus Zoppot bei Danzig meinte, daß die Polen nur darauf ausgehen, ihr eigenes Reich wieder aufzurichten; demgegenüber hob ein Landrat von Pustkammer hervor, daß in den 18 Jahren, während welcher er in Polen lebte, alle Landräte eine gute Meinung von den Polen gehabt hätten; erst mit dem Erscheinen der Ansiedlungskommission seien die Verhältnisse schlimmer geworden. Weiter beschäftigte sich die Delegiertenversammlung sodann noch mit einem Antrag betr. Einführung eines „Friedensjahres“ für die Schulen; es soll der 18. Mai, der Tag des ersten Zusammentretens der Haager Konferenz, dazu bestimmt werden. In eine frühere Eingabe in dieser Sache an die verschiedenen Bundesstaaten erfolglos blieb, wurde beschlossen, daß die Verhandlung bei den Parlamenten der Bundesstaaten dieses Anliegens vorbringen soll. Kirchenrat Kroner Stuttgart sprach sich bei dieser Gelegenheit für den Fortfall der Sedantafel aus. Bei der Neuwahl der Geschäftsleitung wurden die auscheidenden Mitglieder durch Jurauf wieder gewählt.

**Karlruhe, 16. Mai.** Der Kaiser und die Kaiserin trafen heute vormittag 8<sup>1/2</sup> Uhr hier ein.

**Reg., 16. Mai.** Heute Mittag fand im Gegenwart des Prinzen August Wilhelm von Preußen die Enthüllung eines Kaiser Friedrich-Denkmal statt.

**Vödinghausen, 16. Mai.** Bei der Reichstagswahl wurde der Herzog von Arenberg (Str.) mit 13600 Stimmen gewählt.

**Berlin, 16. Mai.** Am Montag trifft Fürst Bälou zu dem alljährlich nach der Reise des Kaisers üblichen Vortrag in Wiesbaden ein. Der Lokalanzeiger erwartet davon eine Klärung der Situation. Die Nationalzeitung hält es für ausgeschlossen, daß der Kanzler vom Kaiser die Genehmigung zu irgend einem Schritt erbittet, der als besondere Entscheidung für oder gegen die Finanzkrise aufzufassen wäre. — Als Nachfolger Paasches im Vorsitz der Finanzkommission wird jetzt der konservative Abgeordnete Freiherr v. Rühlhofen bezeichnet.

### Das deutsche Kaiserpaar in Wien.

**Wien, 14. Mai.** Um 9 Uhr abends fand im großen Redoutensaal der Hofburg, zu Ehren des deutschen Kaiserpaars eine glänzende Soirée statt. Insgesamt waren dazu 1400 Personen geladen. Das deutsche Kaiserpaar und Kaiser Franz Josef zogen zahlreiche Anwesende ins Gespräch.

**Wien, 15. Mai.** Bereits um halb 9 Uhr erschien das deutsche Kaiserpaar in der Kapuzinergruft, um an den Särgen der Kaiserin Elisabeth und des Kronprinzen Rudolf, die es bereits gestern mit Kränzen schmücken ließ, Gebete zu verrichten. Das Kaiserpaar wurde von dem zahlreichen Publikum auf den Straßen stürmisch begrüßt. Nachmittags 3 Uhr erfolgte die Abreise. Kaiser Wilhelm überhandte dem Baron Lehrenthal seine Porträtbüste, dem Ministerpräsidenten Deckerle eine Tabatiere mit Brillanten und dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes Marquis Bacourhem, der in der Delegation das Referat über das Ministerium des Innern führt, sein Porträt.

### Die Abreise.

**Wien, 15. Mai.** Nach dem Familiendinner führen die Kaiserin mit der Erzherzogin Maria Annunziata, Kaiser Wilhelm in österreichisch-ungarischer Generalsuniform mit Kaiser Franz Joseph, der preussische Generalsuniform trag, zum Westbahnhof, gefolgt von dem Ehren dienst, durch ein vom Publikum gebildetes Spolier, das den Majestäten stürmische Ovationen darbrachte. Kaiser Wilhelm und die Kaiserin dankten freundlich. Am Westbahnhof angelangt, hielten die Majestäten im Hofwartelalon mit den zur Abschiedsunterstützung erschienenen Persönlichkeiten, dem deutschen Botschafter, dem Personal der Botschaft, dem österreichisch-ungarischen Botschafter v. Szogyeny-Matich Cerele. Die Majestäten betrat sodann den mit Blattsplangen reich dekorierten Perron. Die Kaiserin küßte die Erzherzogin Maria Annunziata, Kaiser Franz Joseph küßte der Kaiserin die Hand, die sich freundlich lächelnd von dem Monarchen verabschiedete. Die beiden Kaiser küßten einander dreimal. Kaiser Franz Joseph half der Kaiserin beim Einsteigen in den Hofwagen. Die deutschen Majestäten unterhielten sich bis zur Abfahrt mit Kaiser Franz Joseph und der Erzherzogin vom Coupéfenster des Wagens aus. Als sich der Zug in Bewegung setzte, salutierten die Majestäten und nickten einander freundlich zu. Kaiser Wilhelm dankte für die Grüße der am Perron Versammelten.

### Presstimmen.

**Wien, 15. Mai.** Die Blätter besprechen die gestern in der Hofburg gehaltenen Gespräche. Das „Freundblatt“ schreibt: Eine Rundgebung eindringlichster Art sind die Triinkprüche, die zwischen den beiden Monarchen gewechselt wurden, eine Manifestation des Willens zum Frieden, wie sie die Geschichte selten noch zu verzeichnen hatte. Die innigste Freundschaft der beiden Monarchen ergänzt das Bündnis der beiden Staaten. Die imposante Manifestation des Friedens, deren Schauplatz heute die Wiener Hofburg war, wird wohl überall die Tendenzen des Dreibundes in

wahrem Lichte erscheinen lassen. Aus den Reden, die heute zwischen den beiden Monarchen gewechselt wurden, wird abermals Europa die Wahrheit verkündet: Der Dreibund ist der Friede. — Die „Neue Frei Presse“ führt aus: „Kaiser Wilhelm ist kein Fremder in Wien; er hat dies heute in der Hofburg gesagt und das herzliche Wort wird von den Wienern bestätigt werden. Das Deutsche Reich und der deutsche Kaiser sind uns Lebensgefährten und Schicksalsgefährten geworden. — Auch das „Neue Wiener Tagblatt“ hebt die Worte des deutschen Kaisers, daß er kein Fremder in Wien sei, hervor und sagt: Die Wiener und die Oesterreicher haben nie so sehr wie in den letzten Monaten empfunden, daß er mit seinen Gefühlen zu Oesterreich-Ungarn steht. Was die beiden Freunde sagten, wird weit über die Grenzen der Politik hinaus bei den Bürgern ihrer Reiche ein dankbares Echo finden und für ganz Europa eine Bestätigung der Macht des Dreibundes sein. — Die „Oesterreichische Volkszeitung“ sagt: Aus den glänzenden Kundgebungen der beiden Kaiser lönt in vollen Afforden das Bekenntnis zum Frieden hervor, den der Dreibund auch im oierten Jahrzehnte seines Bestehens wahren will, allen zur Freude und keinem Friedensfreunde zu Leide. — Das „Vaterland“ sagt: Die Worte der beiden Herrscher bilden eine laut tönende Manifestation für den ferneren Bestand der treuen Bundesfreundschaft und geben unverbrüchliche Garantien, daß das Bollwerk des Friedens sich noch zu innigerem Zusammengehen zum Wohle aller Nationen, der verbündeten Reiche und aller Völker Europas gefunden hat. — Die übrige Presse äußert sich in ähnlicher Weise.

**Budapest, 15. Mai.** Die Blätter bezeichnen die gestrige Kaiserentree in Wien als einen hohen Merktag der Friedensidee und begrüßen die Triinkprüche der beiden Monarchen und die Depesche des Königs von Italien als neue Aufrechterhaltung und Erstarkung des Dreibundes. Einen besonders freudigen Widerhall findet der Umstand, daß der deutsche Kaiser Ungarns besonders gedachte.

**Paris, 15. Mai.** Der Figaro schreibt: Die Freundschaft Deutschlands und Oesterreichs ist niemals inniger und in ihrem Zusammenwirken niemals fruchtbarer gewesen. Wir müssen ehtlich zugeben, daß der Dreibund in der Balkankrise eine frische, verjüngende Kraft gefunden hat. Der deutsch-österreichische Block steht fest und beherrscht das Zentrum Europas. Diese beiden engverbundenen Kräfte Oesterreich-Ungarn und Deutschland bilden ein machtvolles System, dem die anderen Staaten Europas Rechnung tragen müssen. Sie legen Rußland, Frankreich und auch England die Pflicht auf, ihre Heere und Flotten zu entwickeln, da ja bekanntlich nur das Gleichgewicht die hauptsächlichste, ja die einzige Friedensbedingung darstellt.

**London, 15. Mai.** Der Besuch Kaiser Wilhelms in Wien wird hier im allgemeinen mit Mäßigkeit besprochen. Die „Times“ schweigt ganz, der „Daily Telegraph“ meint, auf Oesterreich habe der Erfolg in der bosnischen Frage als Stimulans gewirkt und es denke jetzt auch an große Flottenrüstungen, doch will das Blatt mit einer nach der heftigen Flottenpanik lobenswerten Objektivität vorläufig nicht glauben, daß die aus Berlin kommende Meldung, Oesterreich wolle 16 Dreadnoughts bauen, wahr sei. Der „Daily Graphic“ verweist auf eine angebliche Aeußerung Professor Schmolers, daß die jüngste Krise die teutonische Hegemonie in Europa bekräftigt habe, und sagt: „Der Zweikaiserbund ist jetzt eine furchtbare Tatsache, mit der das übrige Europa rechnen und gegen deren Gefahren sich zu schützen seine erste Sorge sein muß.“ Der „Standard“ glaubt, daß Italiens Mitgliedschaft im Dreibunde an der Unmöglichkeit, die italienischen Truppen gegen Frankreich zu führen, eine Grenze findet. Wenn es auf der andern Seite zwei unbestreitbare Tatsachen in Europa gebe, so sei es Rußlands Nichtbereitschaft zu einem Angriffskriege und Frankreichs Abneigung dagegen. Nicht mit Unrecht verweist das Blatt diejenigen, die an die Einreisungspläne Englands glauben, darauf, daß von seinen vorausgesetzten Partnern der eine unfähig, der andere unwillig zum Kriege sei.

**Rom, 15. Mai.** Die Tatsache, daß beide Kaiser von Wien aus ihrem dritten verbündeten Monarchen warme telegraphische Grüße sandten, die König Viktor Emanuel mit der gleichen Wärme beantwortete, machte hier großen Eindruck, weil dadurch die Gegner des Dreibundes, die daraus Kapital schlagen wollten, daß nach ihrer Angabe weder Bälou noch Vlenert in ihren letzten Reden Italien erwähnten, widerlegt werden.

## Ausländisches.

### Der Poststreik in Frankreich.

**Paris, 15. Mai.** Nach amtlicher Feststellung beziffert sich die Zahl der ausländigen Postbeamten in Paris auf 1917 bei einer Gesamtzahl von 26406. Seit gestern haben 338 Beamte den Dienst wieder aufgenommen. Auch in der Provinz hat sich die Lage gebessert.

**Paris, 16. Mai.** Zahlreiche Telefonleitungen sind zerstückt worden, teils allem Anschein nach aus Böswilligkeit, teils durch den infolge des Auslandes herrschenden Mangel an Aufsicht.

### Die Vorgänge in der Türkei.

**Konstantinopel, 15. Mai.** Eine Deputation des armenischen Patriarchates ist heute vom Sultan in Audienz empfangen worden. Die Deputation überreichte eine Denkschrift über die Ereignisse in Adana. Der Sultan brachte seine Sympathie für das armenische Volk zum Ausdruck und erklärte, er werde in Kürze ein Edikt erlassen, in dem er alle Völkerräume seines Reiches auffordert, als

gleichberechtigte Bürger eines freien Staates in Friede und Eintracht neben einander zu leben.

**Konstantinopel, 16. Mai.** Prinz Suehan-Eddin, der bisher bei seiner Schwester verweilt war, wurde gestern in das Kriegsministerium geführt, dann aber wieder freigelassen. Maßgebende türkische Kreise erklären, daß man den Prinzen nicht vor ein Kriegsgericht stellen, ihn aber wahrscheinlich irgendwo internieren werde.

**Konstantinopel, 16. Mai.** In dem gestern bewilligten Budget-Provisorium findet sich auch ein Betrag von 1000 türkischen Pfund monatlich für den früheren Sultan Abdul Hamid. — Ungefähr 30 vom Kriegsgericht verhaftete Offiziere sind wieder in Freiheit gesetzt worden.

**Berlin, 15. Mai.** Das B. Z. erhält vom Generalobersten v. d. Golz auf eine Anfrage die Antwort, bisher sei ihm eine Aufforderung der türkischen Regierung zur Rückkehr in ihre Dienste überhaupt nicht zugegangen, daher habe er in dieser Frage auch noch keine Bestimmung getroffen.

## Die glückliche Jugendzeit.

Von Carl Spitteler (Luzern).\*)

Ist sie wirklich so glücklich? Ich glaube, wir verwechseln den poetischen Schimmer, den unser Heimweh über die Jugendzeit zurückwirft, mit dem wirklichen Gefühlszustand der Jugend. Unwillkürlich betrachten wir das Kind für einen halben Menschen, Kinderleiden für kleine Leiden, Kinderdickschale für Diminutivdickschale.

In Wirklichkeit ist das Kind, was sein Gemüt betrifft, ein Vollmensch wie wir, mit eben so großem Ichgefühl, mit der nämlichen Leidensfähigkeit. Seine Schicksale sind keineswegs kleiner als die unsrigen; das Kind wird von den Naturnotwendigkeiten und von den Härten der Natur nicht durch Schonung privilegiert, vermag auch durch seine elterliche Fürsorge von den schlimmsten Erlebnissen der Erwachsenen geschützt zu werden: vor Krankheit, vor Schmerzen, vor chirurgischen Eingriffen, vor Unfällen, Katastrophen und Tod. Ein vierzehnjähriges Kind mit Zahnschmerzen leidet darunter nicht weniger als ein Dierzehnjähriger; bei einem Eisenbahnzusammenstoß werden die Kinder nicht gelinder zerquetscht und verspüren dabei nicht geringere Qual als die Erwachsenen.

Im Gegenteil, die Grausamkeiten des Naturweltlaufes treten an das Kind häufiger heran als an den Erwachsenen; es ist öfter krank, fiebert häufiger, erleidet ungleich mehr Unfälle, liefert dem Tode massenhaftere Opfer. Der Natur gegenüber ist das Kind ein Mensch, der sich noch ungenügend angepaßt hat, der sich noch nicht an die Welt zu gewöhnen verstanden hat und ihr daher wehloser gegenübersteht. Das ist ein sehr ernst, keineswegs zu belächelnder Zustand. Auch sein Gemüt besteht die Proben der Natur und des Schicksals schlechter als der Erwachsene, weil es noch nicht mit langen Zeitläuften zu rechnen versteht, weil es darum den Trost: es wird später wieder besser, nicht versteht, weil es ferner die moralischen und geistigen Trost- und Stärkemittel noch nicht besitzt. Wie oft und wie bitter weint ein Kind; was für eine Verzweiflung beschleicht es bei einem grauen Regentag; wie endlos und hoffnungslos erscheinen ihm die Schulforgen und Schulpfagen. Es hat zwar vernommen, aber es vermag es noch nicht mit dem Herzen zu glauben, daß das jemals aufhören werde; deshalb, weil es das Zeitmaß nicht hat; und es kann das Zeitmaß nicht haben, weil für das Kind der Lebensanfang in mythischer Vorvergangenheit, in einer Art privater Ewigkeit zurückliegt. Und nicht zu vergessen, das Kind erleidet niederschlagende Seelenzustände, von denen der Erwachsene gar nichts mehr weiß. Zum Beispiel die Langeweile, der tägliche Plagegeist des Kindes, das noch nichts aus sich selber herauszuschöpfen hat, alles von außen beziehen muß. Und dann die Furcht! die Angst! Furcht vor Tieren, in den ersten Lebensjahren sogar vor jedem unbekanntem Menschengesicht, Angst vor Geistesstern, Angst vor der Einsamkeit oder Fremde, kurz Weltangst, Angst in den Träumen und leider sehr bald und fortan immer mehr Angst vor den Strafen! Ja, die Strafen! Wäre es auch nur darum, daß ein Kind, ein Bub oder ein Mädchen dem ewigen Ermahnen, dem Schelten, den drohenden Strafen im Elternhaus oder in der Schule unterworfen ist, daß es zittern muß, wenn es „seine Aufgabe nicht kann“, so würde ich das Glück der Jugend bestreiten. Es ist denn doch in der Tat vom Schlimmsten, was einem Menschen widerfahren kann, daß er in die Lage versetzt wird, vor einem anderen Menschen zittern zu müssen oder sich von ihm schelten zu lassen, ohne das Recht zu haben, ihm zu erwidern.

Kurz, ich bin der Ansicht, die Jugendzeit und vor allem das Kindesalter ist alles andere eher als ein beneidenswerter und glücklich zu prehendender Zustand.

Und die Moral davon? Ja, muß denn jede Wahrheit einen Moralschweif haben? Ist denn die Wahrheit ein Angefleckter des Erziehungsdepartements? Uebrigens wenn man durchaus will, so wähe ich schon einen Moralschweif zu dem Gesagten; die Kinder öfter trösten, ihnen täglich zeigen und ihnen auch offen gestehen, daß man sie lieb hat, und sie weniger unaufhörlich erziehen, ermahnen, verbessern, tadeln, maßregeln und schelten.

Wir werden in der Jugend viel zu viel gescholten.

\*) Wir entnehmen diese feinen Worte des Schweizer Dichters einer von A. D. Maurer (Basel) herausgegebenen „Festsche Schweizerischer Dichter“ für einen in Basel veranstalteten Basar zu Gunsten der Jugendfürsorge und Kostfindersorge.

### Vorausichtliches Wetter

am Dienstag, den 18. Mai: Wolkig, gewitterhaft bis schwül, vereinzelte Gewitterregen.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Paul, Altenzsch.

Es gibt nichts Besseres  
zum Würzen von Suppe, Gemüse und Fleisch als

# Knorr-Sos

dabei viel billiger als alles bis jetzt Gebotene!

Zehntelkisten nachgefüllt zu 20 und 35 Pfennig in den Geschäften, die Knorr's Cafemehl, Erdwürst und Hahn-Maccaroni führen.

Zur Herstellung von

# Druckarbeiten aller Art

in feinsten und einfacher Ausführung

empfiehlt sich die

W. Rieker'sche Buchdruckerei

Inhaber L. Lauf, Altensteig.

Unentbehrlich für jedermann ist:

18,593 Seiten  
150,000 Artikel  
16,800 Bilder

# Meyers

1525 Tafeln  
160 Textbeilagen  
340 Karten

# Grosses Konversations-

Sechste, gänzlich  
neubearbeitete und  
vermehrte Auflage

# Lexikon

20 Bände, schön in  
Halbleder gebunden  
zu je 10 Mark

Prospekte kostenfrei - Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien

Bestellungen auf Meyers Großes Konversations-Lexikon nimmt jederzeit zu bequemem Bezugsbedingungen an die

W. Rieker'sche Buchhandlung, L. Lauf, Altensteig.

Versicherungsstand 19 Tausend Policen.

## Allgemeine Rentenanstalt zu Stuttgart, Lebens- u. Rentenversicherungsverein auf Gegenseitigkeit.

Gegründet 1893.

Reorganisiert 1895.

Modernste Versicherungsbedingungen für Lebensversicherungen, wie für Rentenversicherungen. Neueste liberale Bestimmungen in Bezug auf Unantastbarkeit und Unverfallbarkeit der Policen.

Anerkannt billigste berechnete Prämien bei frühem Dividendenbezug.

**Neuheit:** Fallende Prämien für abgekürzte Lebensversicherung nach 2 Systemen:

1) möglichst billige Anfangsprämie, 2) möglichst niedere Gesamtleistung.

Neue, für Männer und Frauen gesonderte Rententariife.

Neben den Prämienreserven noch bedeutende, besondere Sicherheitsfonds.

Nähere Auskunft, Prospekte und Antragsformulare kostenfrei bei dem Vertreter:  
in Altensteig: Carl Burghard, Kaufmann.

## Flechten

akute und trockene Schuppenflechte  
akute Kruppe, Hautschuppen, aller Art  
**offene Füße**

Brennblasen, Reizgeschwüre, Aderleite, blaue  
Finger, alle Wunden sind oft sehr hartnäckig;  
wer bisher vergeblich hoffte

gehört zu werden, mache noch einen Versuch  
mit der besten bewährten

**Rino-Salbe**

1/2 von Öl und 1/2 von Honig. Das ist 1.15 u. 2.15.  
Dankschreiben geben täglich ein.  
Wer sich in Originalpackung waschen  
u. Fa. Schöner & Co., Weinbühl-Dresden.  
Fälschungen weisen man zurück.  
In haben in den Apotheken.

Gestorbene.

Emmingen: Joh. Georg Renz,  
Schulmeister und Volkerechtsassessor.

A. Forstami Pfalzgrafenweiler.

## Buchen- u. Nadelholz- Beigeholz-Verkauf

am Freitag, den 28. Mai 1909,  
vorm. 10 Uhr in Pfalzgrafen-  
weiler auf dem Rathaus aus Staats-  
wald Abt. 5 Saumwäsen, 27 Untr.  
Grasweg, 44 Obr. Heibelbergfäll,  
45 Obr., 59 Untr. Buchmisch, 46  
Obr. Birchwies, 55 Laubenteich, 89  
Bord. Kohlplatte, 96 Untr. Kälber-  
steig, 118 Baumberg, 119 Heibel-  
bergmisch, 126 Gschenteich, 150 Reutter-  
steig, 151 Untr. Fuchstried, 155  
Untr. Fuchslotz, 158 Ober. Müs-  
bacherrisch, 160 Mähtrain, 164 Untr.  
Bieland, 187 Berchensgarten, Am.:  
34 buchene Scheiter, 12 dto.  
Brügel, 207 dto. Anbruch, 88  
Nadelholzprügel und 1296 dto.  
Anbruch. Losverzeichnis unent-  
geltlich vom Forstamt.

## Ein fleißiges, ehrliches Mädchen

von 15-16 Jahren wird für sofort  
gesucht.  
Zu erfragen in der Exp. ds. Bl.

## Auf 1. Juli suche ein Mädchen

nicht unter 17 Jahren.  
Frau Stadtbaumeister Lang  
Magold.

Ettmannsweiler.

Einen sehr schöne

## Milchschweine

verkauft am Dienstag, den 18. Mai,  
mittags 1 Uhr

Michael Roller  
beim Schulhaus.

## „Nordstern“ Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft „Nordstern“ Unfallversicherungs-Aktiengesellschaft

Gegründet 1867

Bestand an Lebensversicherungen 500 Mill. Mark  
Vermögensbestand 165 Mill. Mark

Mäßige Prämien. Hohe Dividenden.

Gewerbevereins-Mitglieder erhalten beim Abschluß einer Un-  
fallversicherung sehr bedeutende Vergünstigungen.

Prospekte und jede Auskunft stets bereitwilligst durch den Agenten:  
Carl Tafel in Altensteig.

Man abonniert jederzeit auf das  
schönste und billigste  
Familien-Witzblatt



## Meggendorfer-Blätter

Mündlen & Co. Zeitschrift für Humor und Kunst  
& Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.-

Abonnement bei allen Buchhandlungen und  
Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probe-  
nummer vom Verlag, Mündlen, Theaterstr. 41

Kein Besucher der Stadt Mündlen

sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion,  
Theaterstraße 41 sich befinden, außer interessante Aus-  
stellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter  
zu beschäftigen.

Täglich gedruckt. Eintritt für jedermann frei!

## Eiserne Haushaltungsbadöfen

Carl Ackermann, Altensteig

Schlosserei und Herdgeschäft

## Transportable Waschkessel

## Wie die Sonne

auf dem Rasen, so bleicht die Wäsche im Kessel bei  
Gebrauch von

## Persil.

Gibt blendend weisse Wäsche, ohne Reiben und  
Bürsten, ohne jede Mühe und Arbeit! Absolut  
unschädlich, schon das Gewebe und bewirkt  
enorme Ersparnis an Zeit, Arbeit und Geld.

Überall erhältlich

ALLEINIGE FABRIKANTEN:  
Henkel & Co., Düsseldorf.

